

grh Mitteilungen ¹¹/₂₁

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09.00 bis 14.00 Uhr
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Demokratieerfahrungen der "Diktatur-Sozialisierten" (Auszug)

Hans Bauer

Quelle: Freidenker. "Die Macht im Staate",
Nr. 3-21, September 2021

Die Äußerung des "Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer", Marco Wanderwitz, über ehemalige DDR-Bürger als "Diktatur-Sozialisierte" hat viel Kritik geerntet. Wanderwitz: „Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“, Die Kritik reicht von Zurückweisung über Empörung bis zu "zynisch und herzlos". Auch aus den eigenen Reihen kam Widerspruch. Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Äußerungen ihres CDU-Parteikollegen: "Meine Herangehensweise ist immer die, dass in einer Demokratie jede Bürgerin und jeder Bürger zählt". Politik müsse für jeden Bürger gemacht werden. Und ebenfalls Ministerpräsidenten der Länder distanzieren sich.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen war für die Herrschenden der Zeit-

punkt von Wanderwitz' Weisheiten völlig ungeeignet. Sollten die bösen Ostdeutschen noch mehr verärgert werden, ihre Stimmen den sogenannten Volksparteien verloren gehen? Allein schon deshalb mag die Zurückweisung der meisten Politiker nicht ehrlich gemeint sein, bei manchen vielleicht halbherzig

Was bleibt, und darin ist sich die herrschende Klasse einig und hat es seit mehr als 30 Jahren betont und immer wieder bewiesen: Wer in der DDR aufwuchs, erzogen, sozialisiert wurde, ist grundsätzlich das Produkt einer Diktatur, eines Unrechtsregimes, Unrechtsstaates. Erst jüngst zeigt die Ernennung einer "Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur", wie über die DDR geurteilt wird. Und natürlich über jene, die sich nicht von der DDR distanzieren. Und nach Wanderwitz nicht lernfähig, für die Demokratie verloren sind.

Unzweifelhaft besteht Unzufriedenheit bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung mit den Verhältnissen im staatlich geeinten Deutschland. Viele der Unzufriedenen sind passiv, schweigen aus Furcht vor beruflichen,

sozialen und anderen Nachteilen. Ein anderer zunehmender Teil - und dazu gehören inzwischen auch Jüngere - leistet Widerstand. Gegen Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Demokratie- und Sozialabbau.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit im Osten des Landes, in den "neuen Bundesländern". Immer öfter wird verglichen, was sie verloren, was sie gewonnen haben. Die großen Versprechungen haben sich nicht erfüllt. Das sind nicht nur die fehlenden "blühenden Landschaften" und die "gleichwertigen Lebensverhältnisse". Es sind auch Erfahrungen im Alltagsleben, der Schutz ihrer Person und ihrer alltäglichen Rechte, die Missachtung ihrer Lebensleistungen, ihre Behandlung in den Medien und auf Ämtern, die Ohnmacht gegenüber der Bürokratie. Sie spüren den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Ihre Meinung ist lediglich als Spielwiese gefragt, deklariert als "demokratische Teilhabe". Wer etwas durchsetzen will, hat ein kompliziertes System von Verwaltung und Justiz - zeit- und kostenaufwändig - zu überwinden. Gesetze werden jenseits der Öffentlichkeit gemacht, zu wichtigen politischen Entscheidungen ist das Volk nicht gefragt.

Wer an diesem Zustand Kritik übt, ist "Diktatur-sozialisiert", Demokratiefeindlich. Allein diese Zuordnung eines Teils der Bevölkerung spricht für den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Hier hätten die Herrschenden Nachhilfe und Anregungen bei den "Diktatur-Sozialisierten" in

Ostdeutschland holen sollen. Mehrere Ereignisse/Vorgänge aus Geschichte und Gegenwart stehen für deren Erfahrungen in Sachen Demokratie.

(Hinweis der Redaktion: In „ISOR aktuell“, Ausgabe November 2021, erscheint komplett der Artikel von Hans)

Ein Kommentar des Vorsitzenden der TAG Halle, Jürgen Stenker, zu einem in der Mitteldeutschen Zeitung vom 09.09.21 veröffentlichten Interview „Ich sehe keinen Schlussstrich“ mit der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke, in dem sie mehr Initiative der Regierung und mehr Geld forderte.

Evelyn Zupke, seit 10. Juni 2021 Beauftragte des Bundestages für die Opfer der SED-Diktatur, ist fest entschlossen, als neuer Besen nicht nur gut, sondern besser zu kehren. Das war jedenfalls am 9. September 2021 der Mitteldeutschen Zeitung zu entnehmen, der sie sich in einem Interview präsentierte. Ihr Ziel ist es offenbar, die Opferzahlen maßlos auszuweiten. Frau Zupke beklagt, dass die Begutachtung der noch lebenden ehemals 250.000 bis 300.000 inhaftierten DDR-Bürgern und hunderttausenden Heimkindern, Zwangsausgesiedelten, Dopingopfern und Zwangsadoptierten oft „unendlich dramatisch“ ist. Deshalb will sie statt einer Begutachtung zu einer Vermutungsregel kommen. Bei ihr hört sich das so an: „Wenn es eine Repressionserfahrung und eine physische oder psychische Erkrankung des Betroffenen gibt, dann lässt sich

wohl vermuten, dass das eine mit dem anderen zu tun hat. Das muss ausreichen.“ Jedem Juristen sträuben sich bei solchen Aussichten die Haare. Selbstverständlich begrüßt sie auch einen Härtefallfond für die Opfer und sie gibt auch gleich ein Beispiel für seine Anwendung an die Hand. Viele Leute würden wegen der Repressionserfahrung nicht mehr am sozialen Leben (Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln) teilnehmen können. „Fahrrad fahren können sie ebenfalls nicht mehr.“ Die wollen dann, so Frau Zupke, ein E-Bike, was oft vorkomme. Welche Logik! Natürlich sind auch die Nachkommen nicht zu vergessen. „Denn Traumata werden über Generationen weitergegeben.“ Und dann, findet Frau Zupke, klappt es nicht so recht mit der Rehabilitierung von Menschen, die im Jugendwerkhof waren. Selbst Staatsanwälte würden dabei Schwierigkeiten bereiten, weil sie den Begründungen der Jugendämter der DDR glauben. „Selbst, wenn Menschen in der DDR mit 16 gesagt haben ‚ich will in den Westen‘, was als politische Äußerung zu verstehen war, werden Anträge abgelehnt.“ Nun ist Frau Zupke erst wenige Wochen im Amt, aber ihr Blick in die Zukunft ist ungetrübt und fest. Ihre Antwort auf die Frage nach einem Schlusstrich: „Einen Schlusstrich sehe ich nicht. Nein.“ Die Aufarbeitungsindustrie kann beruhigt sein. Der Steuerzahler kann sich auf noch mehr Kosten dafür einstellen. Die Wahrheit wird mit immer mehr Müll zugeschüttet.

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat November, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 97. Geburtstag

Siegfried Heger, Berlin

zum 93. Geburtstag

Gerd Bräuer, Berlin

zum 92. Geburtstag

Horst Scholz, Berlin

zum 91. Geburtstag

Elfriede Korsing, Frankfurt/Oder

Dr. Alfred Kleine, Berlin

Erhard Scholz, Zepernick

Siegfried Lorenz, Berlin

Klaus Naake, Berlin

zum 90. Geburtstag

Ingeburg Garbe, Rostock

Rudolf Petrick, Heidensee-Gräbendorf

zum 85. Geburtstag

Peter Koristka, Berlin

Kurt Appel, Seebad Ahlbeck

Udo Knoblauch, Geisa

zum 80. Geburtstag

Horst Seiler, Lichtenau

Dieter Dobryn, Cottbus

zum 75. Geburtstag

Hans-Christian Schürer, Halle

zum 60. Geburtstag

Peter Müller, Berlin

Klaus Linder, Berlin

zum 65. Geburtstag

Gerd Moczall, Halle

zum 55. Geburtstag

Heino Brandt, Berlin

Das muss mal gesagt werden

Dieter Stiebert

Als es in der DDR am 7. Oktober den „Tag der Republik“ als Nationalfeiertag gab, war das ein Fest für die Bürger des Staates. In einem Staatsakt sowie Festveranstaltungen in den Betrieben, Verwaltungen, Schulen, Einheiten der bewaffneten Organe wurden verdienstvolle Bürger, Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Angestellte, NVA- und MfS-Angehörige, Volkspolizisten, Zöllner, Offiziere und Generale mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt, prämiert, befördert oder ernannt. Vielerorts fanden Volksfeste, auch Rummel genannt, statt. Die Bürger bekundeten die Verbundenheit zu ihrem Staat, indem sie Straßen und Plätze in ein Meer roter Fahnen, DDR-Fahnen sowie Fahnen der volksdemokratischen Länder verwandelten.

Davon ist am sogenannten „Tag der deutschen Einheit“, ein Tag für die Politprominenz, nichts zu spüren.

Warum wohl?

Herbert Damm - Abschied von einem Standhaften

Noch bis vor wenigen Wochen beriet er mit uns im Vorstand über die nächsten Aufgaben der GRH. Äußerte Überlegungen über die geplante Mitgliederversammlung im März 2022.

Herbert gehörte zu jenen mit den größten Erfahrungen. Hatte 1993 mit seiner Christa und Gleichgesinnten die GRH gegründet. Über viele Jahre war

er stellvertretender Vorsitzender unserer Organisation und Leiter der AG Information / Dokumentation.

Seine Überzeugung und seine Zuverlässigkeit waren beispielhaft. Stolz war er auf seinen Ehrendienst als Oberst der Deutschen Volkspolizei. Auch nach 1990 verteidigte er unseren sozialistischen Friedensstaat in Wort und Tat.

Am 17. Oktober ist Herbert verstorben. Er hinterlässt eine große Lücke.

Sein Vermächtnis verpflichtet uns, im gerechten Kampf gegen Lüge und Ungerechtigkeit nicht nachzulassen.

**Ehrendes Gedenken unseren
verstorbenen Mitgliedern**

Hans-Georg Walther aus Berlin

Er verstarb am 30. August 2021 im Alter
von 87 Jahren

Dr. Karl Fischer aus Berlin

Er verstarb am 20. September 2021 im Alter
von 83 Jahren

Herbert Damm aus Berlin

Er verstarb am 17. Oktober 2021 im Alter
von 87 Jahren

Lothar Straube aus München

Er verstarb im Alter von 87 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Lichtenberg, Mitte,
AG Kundschafter